

4. Die 1980er-Jahre – Ende der Reformen?

4.1 Sozioökonomischer und kultureller Wandel im Neoliberalismus

Die lang anhaltende Wirtschaftskrise sowie andere Probleme in der Bundesrepublik führten zu großen Unstimmigkeiten in der sozialliberalen Regierungskoalition insbesondere in der Wirtschafts-, Sozial- und Haushaltspolitik. In der FDP setzte sich der wirtschaftsliberale Flügel mit Otto Graf Lambsdorff durch, welches in der Folge zum Bruch der Koalition und 1982 – per Misstrauensvotum – zur Etablierung der christlich-liberalen Koalition unter dem Kanzler Helmut Kohl führte.¹ Kohl und die christlich-liberale Koalition wurden 1983 bei vorgezogenen Bundestagswahlen bestätigt. Helmut Kohl rief zur »geistig moralischen Wende« auf, die jedoch zunächst bescheidener ausfiel als gedacht. Die Probleme, vor denen das Land und die neue Regierung standen, waren groß und vielfältig:

So verschärfte sich die seit Mitte der 1970er-Jahre anhaltende Wirtschaftskrise zu einer sog. »Stagflation«, also zu einer wirtschaftlichen Stagnation oder Rückläufigkeit, die mit einer inflationären Preissteigerung verbunden war. Die realen Zuwachsraten des Pro-Kopf-Sozialproduktes sanken in den 1980er-Jahren um mehr als die Hälfte auf 3,9 %, die Arbeitslosenquote stieg bis 1985 auf schwindelnde 9,3 % und pendelte danach lange Jahre bei circa 10 %.² Eng hiermit verbunden war der rasante technologische Wandel, der insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologien (Computerisierung) sowie Transporttechnologien betraf sowie die sog. »Globalisierung«,³ also die beschleunigte Internationalisierung nicht nur der Kommunikation, sondern auch der Geld-, Kapital- und Warenmärkte. Beides war verbunden mit Prozessen, dass traditionelle Industrien, wie Kohle, Stahl, Schiffbau etc. in sog. »Schwellenländer« (Korea, Indien, Brasilien) abwanderten und damit zu einer internationalen Standortkonkurrenz beitrugen. Diese führte zum Zusammenbruch ganzer Industriezweige insbesondere im Ruhrgebiet oder der norddeutschen Werftstandorte sowie zu gravierenden Umstrukturierungsprozessen durch (Teil-)Automatisierung in der Industrie und zur Erodierung

¹ Winkler 2010, S. 392.

² Hockerts 2012a, S. 342.

³ Beck 1998.

des Normalarbeitsverhältnisses. Ein »postfordistisches« Produktionsparadigma breitete sich aus, welches nicht mehr auf standardisierter Massenproduktion, sondern auf funktionaler Trennung unterschiedlicher Produktionsstadien und deren »Just-in-time« Zusammenführung beruhte, was bedeutet, dass diese Art der Produktion nun nicht mehr Standort gebunden war und überall auf der Welt zu jeder Zeit (elektronisch) organisiert und gesteuert werden konnte.⁴ Von einigen wurde der gravierende Strukturwandel der Wirtschaft als »Krise der Arbeitsgesellschaft« gedeutet oder gar vom »Ende der Arbeit« oder vom Übergang in die »postindustrielle Gesellschaft«⁵ gesprochen. Auf jeden Fall begünstigte die Krise die Ausbreitung des sog. »Neoliberalismus« in Deutschland, da es schien, dass eine keynesianische Politik die Verwerfungen nicht in den Griff bekommen konnte. Darüber hinaus führte die imposante Pleite der »Neuen Heimat«, eines großen gewerkschaftseigenen Immobilienkonzerns, die weitere Pleiten gewerkschaftseigener Unternehmen nach sich zog, die (vermeintliche) Unmöglichkeit politisch gesteuerter Wirtschafts- und Unternehmenssteuerung vor Augen.⁶ Es bildete sich durch eine Neujustierung des Verhältnisses von (globalisierten) Anlegern/Investoren, Industrieunternehmen, Banken und Veränderungen staatliche Rahmenbedingungen der sog. »Finanzmarktkapitalismus« heraus.⁷

Auch die ökologische Krise wurde zunehmend eine politische Herausforderung für die Bundesregierung. Schon in den 1970er-Jahren formierte sich, ausgehend des Berichtes des Club of Rome: »Grenzen des Wachstums«, eine zunehmende Umweltbewegung, die sich gegen die ökologischen Folgen (Luft-, Wasser und Bodenverschmutzung, Waldsterben) der nicht nur chemischen Industrieproduktion zur Wehr setzten. Befeuert wurde die Bewegung durch die schrecklichen Industriekatastrophen in Seveso (Norditalien), in Bophal (Indien) und bei Sandoz in Basel. Die Anti-AKW Bewegung war ein Teil dieser Bewegung, die sich aktiv gegen den Bau von Kernkraftwerken, Zwischen- und Endlagerstätten engagierte. Aufwind bekam die Anti-AKW Bewegung durch die Katastrophen 1979 im AKW-Harrisburg (USA) und in Tschernobyl (UdSSR, heutige Ukraine), deren Folgen noch heute nachwirken. Insbesondere die Auseinandersetzungen um die Standorte Brokdorf, Wackersdorf und Gorleben nahmen in ihrer konfrontativen Gewalt Ausmaße an, die den Staat zunehmend vor Probleme stellt.⁸

Verbunden mit diesen Auseinandersetzungen waren die Konflikte, die um den sog. »NATO-Doppelbeschluss« zu Beginn der 1980er-Jahre die »Friedensbewegung« wieder erstarken ließ und auch im gesamten Parteienpektrum zu heftigen Diskussionen führte.⁹ Die Stationierung sowjetischer »SS-20« Mittelstreckenraketen in Ost-Europa führte dazu, dass die NATO als Antwort ihrerseits Mittelstreckenraketen, »Pershing«, in Westeuropa stationieren wollte, jedoch gleichzeitig Abrüstungsgespräche anbot. Beide Rakettentypen waren mit Atomsprengköpfen bestückbar. Der Kalte Krieg war auf einem sei-

4 Vgl. hierzu: Kern und Schumann 1984; Hirsch und Roth 1986; Piore und Sabel 1989; Womack et al. 1991; Malsch und Seltz 1988.

5 Vgl. Süß und Woyke 2012, S. 4.

6 Kramper 2012.

7 Raphael 2015, S. 11.

8 Uekötter und Kirchhelle 2012.

9 Winkler 2010, S. 388.

ner letzten Höhepunkte angelangt. Dies führte nicht nur zu großen Demonstrationen gegen atomare Aufrüstung, sondern auch zu intensiven Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Partei und war nicht unerheblich für den zunehmend geringer werdenden Rückhalt von Helmut Schmidt in seiner Partei.¹⁰ Die genannten Entwicklungen führten auch dazu, dass sich ab 1980 eine neue Partei DIE GRÜNEN konstituierte, die große Teile der Alternativ-, Ökologie- und Friedensbewegung sowie große Teile linker Gruppen, insbesondere des »Kommunistischen Bund Westdeutschland« (KBW) und des »Kommunistischen Bund« (KB) integrierte und die bei den Bundestagswahlen 1983 mit 8,9 % der Wählerstimmen in den Bundestag einzogen.

Eine der ganz großen Herausforderungen ergab sich jedoch durch den Zerfall des kommunistischen Blocks, der letztlich zur deutsch-deutschen Vereinigung führte. 1985 wurde Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPDSU und leitete in der Sowjetunion Reformmaßnahmen ein, die unter den Bezeichnungen »Glasnost« und »Perestroika« bekannt wurden. Hierdurch wurden Dynamiken eingeleitet, die in innerhalb von circa 5 Jahren zum Zerfall des gesamten Machtblocks führten. Schon seit 1980 kämpfte die »Solidarność« in Polen für demokratische Reformen; dem schlossen sich auch Bürgerrechtsbewegungen in anderen Ländern Osteuropas an, wie zum Beispiel in der Tschechoslowakei,¹¹ Ungarn und Rumänien, die 1989 nach kurzen bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen den Diktator Ceausescu hinrichteten und begannen, sich nach Westen zu orientieren. Auch in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) führten diese Entwicklungen, dazu, dass die Menschen demokratische Reformen forderten, das »Neue Forum« gründeten und vor allem in Leipzig die Montagsdemonstrationen mit zunehmender Beteiligung durchführten. Als dann 1989 Ungarn sein Grenzen nach Österreich öffnete und Tausende von DDR-Bürger*innen in den Westen flüchtete, wurde eine Dynamik in Gang gesetzt, die am 9. November 1989 zum Fall der Berliner Mauer (und der gesamten befestigten innerdeutschen Grenze) führte und im September 1990 zur deutschen Vereinigung.¹²

Vielfach wird davon gesprochen, dass mit dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik der sog. »Neoliberalismus« begann, sich endgültig durchzusetzen. Hierzu ein Exkurs:

Exkurs: »Neoliberalismus« und »Ökonomisierung«

Unter dem Begriff »Neoliberalismus« wird in seiner neueren Form, vertreten vor allem durch die Ökonomen Friedrich A. von Hayek¹³ und Milton Friedman,¹⁴ eine extrem radikale Markt- und Gesellschaftsvorstellung verbunden, die davon ausgeht, dass gesellschaftliche Ordnung, Wohlstand und Gerechtigkeit einzig und allein von einer Markt-

¹⁰ In Zusammenhang mit der Glasnost und Perestroika Politik durch Gorbatschow wurde jedoch erreicht, dass durch die sog. »INF-Verträge« 1987/1988 eine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa reduziert und begrenzt und durch die »START-Verträge« 1991 eine Reduzierung strategischer Interkontinentalraketen vereinbart wurde.

¹¹ Heute die beiden Staaten Tschechien und Slowakei.

¹² Wehler 2010a, S. 359; Winkler 2010, S. 489, 2014.

¹³ Hayek 2014.

¹⁴ Friedman 2004.

und wettbewerbsgesteuerten Wirtschaft ausgehen kann, in der die private, auf Renditeerzielung gerichtete unternehmerische Initiative die entscheidende Rolle spielt.¹⁵ International ist die Neoliberalisierung, die (nicht nur) Wolfgang Streeck als eine »Weltrevolution« bezeichnet, verbunden vor allem mit der politischen Durchsetzung in den USA durch die »Reaganomics« und in England durch den »Thatcherism«. Der Staat wird im Neoliberalismus nicht zu einem »Nachtwächterstaat«, sondern eher im Gegenteil: Die Funktionen staatlicher Politik als »starker Staat« liegen vor allem im Bereich der Ordnungspolitik, nämlich in der Sicherstellung des Wettbewerbes im Markt und in der Gewährleistung des (auch aktivierenden) Zuganges der Individuen zum Markt. Hierzu gehört vor allem:

- Ein Wandel der Staatstätigkeit von einer nachfrageorientierten, »keynesianischen« hin zu einer an Stabilität orientierten Geldpolitik.
- Eine Deregulierung von Wirtschaftstätigkeit insbesondere des globalisierten Geldverkehrs und Arbeitsbeziehungen.
- Eine Rückführung der Staatsquote, vor allem durch Privatisierung (ehemals) staatlicher Aufgaben und Wirtschaftstätigkeiten sowie der engen Begrenzung oder Rückbau der sozialen Sicherung.
- Insgesamt eine angebotsorientierte Politik, die darauf ausgerichtet ist, die Marktzugangsbedingungen und Positionen der Anbieter von Waren und Dienstleistungen zu verbessern. Dies beinhaltet auch die Brechung der Macht von Gewerkschaften.

Eng verbunden mit Neoliberalismus ist der Begriff der »Ökonomisierung«. Mit Ökonomisierung ist hier nicht mehr die Auswirkungen oder »Interpenetrationen« (Luhmann) von z.B. Wirtschaftssystem und Sozialsystem gemeint und die sich z.B. an der Kopplung staatlicher Sozialpolitik an ökonomische Bedingungen zeigen¹⁶ oder den gewollten positiven ökonomischen Effekten erfolgreicher Sozialpolitik, z.B. in der Arbeitsmarkt- oder Rehabilitationspolitik. Gemeint nun ist hiermit die Durchdringung bzw. Übernahme von Paradigmen und Ideologien aus dem neoliberalen Wirtschaftssystem in andere Sphären, Bereiche oder Subsysteme der Gesellschaft. Im zunehmenden Maße werden auch informelle und solidarische gesellschaftliche Austauschbeziehungen durch die »Imperative ökonomischer Rentabilität«¹⁷ gesteuert und in »Produkte« umgewandelt. Die Kritik heran ist nicht neu. Im Anschluss an Rosa Luxemburg ist sie insbesondere unter den Begriffen der »Landnahme«¹⁸, »Kolonialisierung der Lebenswelt«¹⁹, »feindliche Übernahme«²⁰ und »Intrusion«²¹ oder auch »Entgrenzung«²² thematisiert worden. Hierbei geht es unter anderem um Themenbereiche, die sich mit der Entwicklung der

15 Vergl. hierzu im Allgemeinen: Butterwegge et al. 2008; Biebricher 2012; Streeck 2013.

16 Vgl. die frühe Kritik von Tennstedt 1976.

17 Neckel 2001, 252.

18 Lutz 1989; Dörre 2017.

19 Habermas 1973, 1981.

20 Schimank 2006.

21 Bourdieu 1998.

22 Evers und Heinze 2008.

Demokratie befassen,²³ der Entwicklung von Sozialpolitik²⁴ bis hin zu Entwicklungen von intimen Beziehungen²⁵ oder auch – im Anschluss an staatliche Politik (Bio-Politik) und Subjektkonstruktion zusammenführenden Studien zur Gouvernementalität Foucaults²⁶ – der Entwicklung des »unternehmerischen Selbst«.²⁷ Letzteres unterscheidet sich vom »homo-ökonomikus« dadurch, dass es sein Handeln nicht unbedingt ausschließlich rational abwägend, zweckorientiert ausrichtet, sondern offensiv und risikobereit am Markt agiert – eben unternehmerisch. The Winner Takes It All...

Zurück zur Kohl Regierung...

Ausgehend von der neoliberalen Ausrichtung der Regierungen Reagan in den USA und Thatcher in Großbritannien verschärfte sich auch in der Bundesrepublik Deutschland mit der Kohlregierung der Einfluss des Neoliberalismus in der Politik. Erste Ansätze hatte es bereits schon vorher gegeben, wie die Verselbstständigung der Deutschen Bundesbank mit der Konzentrierung auf Geldwertstabilität. Begünstigt wurde diese Entwicklung in der Bundesrepublik dadurch, dass das fordistische Modell seinem Ende zustrebte, die Politik mit dem bisherigen keynesianischen Instrumentarium die anhaltende Wirtschaftskrise nicht in den Griff bekam, der Korporatismus infolge der Streitigkeiten um die Mitbestimmung zerbrach und große Teile des gemeinwirtschaftlich organisierten Bereiches (Konsumgenossenschaften, Bank für Gemeinwirtschaft etc.) untergingen.²⁸

Privatisierungen von Staatsunternehmen und Staatsbeteiligungen sind seit den frühen 1980er-Jahren Kernbestandteil neoliberaler Politik geworden. Hierzu gehörte z.B. die VEBA-Gruppe, die Lufthansa und als bedeutendste Bereiche wurden die »Deutschen Bundespost« und die »Deutschen Bundesbahn« zur Privatisierung vorbereitet.²⁹ Schon kurz nach der Regierungsübernahme wurden die Privatisierung des Rundfunks und Fernsehens eingeleitet. 1984 startete das erste private Kabelprojekt, aus dem dann 1985 der kommerzielle Fernsehsender »Sat.1« hervorging. Er blieb nicht der Einzige.³⁰

Angesichts der anhaltenden Strukturkrise der Wirtschaft mit ihren hohen Zahlen der Arbeitslosigkeit konnte die Kohlregierung jedoch nicht nur »liberal« agieren, sondern musste insofern Kontinuität walten lassen, indem es für die strukturschwachen Branchen und Regionen weiterhin Steuererleichterungen und Finanzbeihilfen gab. Darüber hinaus wurde eine aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Qualifizierungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), weiter betrieben. Hiervon profitierte die im Aufbau befindlichen außerklinischen gemeindespsychiatrischen Einrichtungen und Träger nicht unerheblich. Weiterhin gab es eine Reihe von Deregulierungsmaßnahmen im Bereich der Arbeits- bzw. Tarifpolitikpolitik; dies betrifft insbesondere Flächentarifverträge sowie Arbeitsvertragsrecht (Befristung, Teilzeit, Kündigung etc.) die dazu führten, dass das Normalarbeitsverhältnis erodierte. Auch der Wohnungsbau

23 Streeck 2013; Crouch 2017; Heitmeyer 2018; Ketterer et al. 2019.

24 Butterwegge et al. 2008; Lessenich 2013 (2008); Evers und Heinze 2008; Evers et al. 2011.

25 Illouz 2007a, 2007b.

26 Foucault 2014b, 2014a.

27 Bröckling 2007.

28 Doering-Manteuffel 2007; Süß und Woyke 2012; Wirsching 2012b; Kramper 2012.

29 Engartner 2008, S. 107.

30 Wirsching 2006, S. 447ff.

und das Mietrecht wurden teilweise dereguliert.³¹ Allerdings blieb die neoliberalen Wende in der Bundesrepublik im Verhältnis zu den Umweltveränderungen in anderen Ländern Europas und Amerikas recht begrenzt. Auch die »drei Jahrhundertreformen« der Jahre 1989 und 1990 (Steuerreform, Gesundheitsreform, Rentenreform) – so Wirsching – blieben in ihren Wirkungen aufgrund der bundesdeutschen Institutionenordnung und Politikverflechtungen sowie der unterschiedlichen Orientierungen auch innerhalb der CDU³² in ihren Wirkungen eher begrenzt. Er kommt zu dem Ergebnis: »Cum grano salis gesprochen wollte die Regierung Kohl/Genscher im Grunde alles: Sie betrieb dort »liberale« Politik, wo sie die Dynamik des Strukturwandels befördern wollte; zugleich betrieb sie dort »christlich-soziale«, praktisch aber »sozialdemokratische« Politik, wo die Folgen des forcierten Strukturwandels zur übermäßigen Belastung gerieten und es galt, die »soziale Symmetrie« zu bewahren. Schließlich wollte sie dort »(wert-)konervative« Politik betreiben, wo die Folgen der Individualisierungsprozesse den sozialen und kulturellen Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden«.³³ Durch die deutsche Vereinigung stellten sich dann in den 1990er-Jahren neue Herausforderungen.

Auch die Kultur Westdeutschlands in den 1980er-Jahren veränderte sich im Zuge von Globalisierung, Modernisierung und beginnender Neoliberalisierung. Ulrich Beck und andere beschwören die »Risikogesellschaft« oder »Reflexive Moderne«,³⁴ in der die (Welt-)Gesellschaft zunehmend auf von ihr selbst geschaffene Entwicklungen und – zunehmend ökologische – Probleme reagiert. Die Klassengesellschaft ist erodiert und auch die »alternative Kultur« zerfällt und setzt Trends der Entstehung unterschiedlicher Milieus und individuelle-hedonistischer Lebensstile, die bereits früher eingesetzt haben soz. »beschleunigt«³⁵ fort.³⁶ Allerdings wird in den 1980er-Jahren, angestoßen durch die Diskussion um die »neue Armut«, wieder soziale Ungleichheit diskutiert.³⁷ Nach wie vor liegen die traditionellen sozialen Klassen und Schichten, vor allem definiert durch, Vermögen/Einkommen, Bildung und Herkunft, sozialer Ungleichheit zugrunde³⁸, aber die Schere zwischen Arm und Reich entwickelt sich im Verlauf zunehmender Neoliberalisierung immer weiter auseinander. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen später auch andere Autoren;³⁹ jedoch kommen auch andere Faktoren in Betracht, die als Folge einer Pluralisierung von Milieus und Lebensstilen anzusehen sind⁴⁰, mithin also »Individualisierung«. So wird – scheinbar paradox zur wirtschaftlichen Entwicklung – eine erhöhte Bereitschaft zum Konsum festgestellt; dies gilt nicht nur für

³¹ Schmidt 2005a.

³² Zu nennen ist hier insbesondere Norbert Blüm, der als »Herz-Jesu-Marxist« fest und mächtig im Arbeitnehmerflügel der CDU und den Gewerkschaften verankert war und oft der Gegenspieler von Helmut Kohl und der FDP war.

³³ Wirsching 2012b, S. 681.

³⁴ Im Übrigen benutze ich den Begriff »Reflexive Moderne« (Beck et al. 1996) recht locker, wie auch »2. Moderne« (Risikogesellschaft) oder dem Begriff der »Spätmoderne« (Reckwitz 2017, 2019b).

³⁵ Um ein Begriff von Hartmut Rosa zu benutzen: Rosa 2016 (2005).

³⁶ Beck et al. 1996; Beck und Bonß 2001; Beck 2008; Beck und Lau 2004.

³⁷ Lenger und Süß 2014.

³⁸ Wehler 2010a, S. 108.

³⁹ Insbesondere Piketty 2014; Nachtwey 2016; Bude und Staab 2016.

⁴⁰ Vester et al. 2001; Hradil 2012; Müller 2012; Burzan 2014; Weischer 2014.

Dinge des täglichen, sondern gerade für Dinge des »gehobenen« Bedarfs und im Tourismus. Die Zahlen des Urlaubstourismus, nun auch ins exotische Ausland, steigen rapide und stellen eine private Seite der Globalisierung dar.⁴¹ Eine Reihe von Autoren, wie z.B. Doering-Manteuffel und besonders Heitmeyer stellen die Prozesse von Individualisierung und Differenzierung/Pluralisierung von sozialen Milieus und Lebensstilen nicht nur in den Zusammenhang von innenorientierten »postindustriellen Wertorientierungen« (Bell), sondern auch in den einer sich entfaltenden »neoliberalen Revolution«, einer immer weiter um sich greifenden »Ökonomisierung des Sozialen«,⁴² die alle Bereiche des sozialen Lebens umfasst – bis in die intimsten Beziehungen hinein.⁴³ Auf jeden Fall ist zu verzeichnen, dass die Wertorientierungen, die bislang dem alternativen Milieu zugeschrieben wurden,⁴⁴ sich Zug um Zug – ggf. zusammen mit den Protagonisten – im Mainstream der »Erlebnisgesellschaft«⁴⁵ breit machten und dafür sorgten, dass Hedonismus, Selbstverwirklichung, Expressivität und Ich-Bezogenheit/Authentizität zumindest für »entbettete« Mittelschichtsindividuen eine gängige »Identitätskonstruktion« wurde. Richard Sennett bringt diesen Typus auf den Punkt: »Der flexible Mensch«.⁴⁶

Was sich hieran anschloss, beschreibt Rödder so: »Ausgehend von den Achtzigerjahren bestimmen zwei Hauptströme die weitere soziokulturelle Entwicklung. Der eine war der postmoderne Dekonstruktivismus, aus dem die neue Ganzheitsvorstellung der »Kultur der Inklusion« hervorging. Der andere, [...] war das Modernisierungsparadigma der Marktorientierung und der kulturellen Ökonomisierung, das in den neunziger Jahren die Vorherrschaft gewann und nach der Weltfinanzkrise von 2008 seine Glaubwürdigkeit verlor«⁴⁷. Das verweist auf das nächste Kapitel – zunächst jedoch...

4.2 Sozial-, Behinderten- und Gesundheitspolitik

Auch in der Sozialpolitik neigte sich mit dem Regierungswechsel die Zeit der »Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik« dem Ende zu.⁴⁸ Angesichts der wirtschaftlichen Krise, die sich auch als Krise des Sozialstaats bemerkbar machte, der globalen Veränderungen in Wirtschaft und Kultur sowie auch der demografischen Veränderungen sollte nun (auch) das System der sozialen Sicherung nicht nur konsolidiert, sondern auch umgebaut werden, sodass es den neuen Herausforderungen gerecht werden kann. Hierzu gehörten jedoch nicht nur das, was als »Sparpolitik« von den politischen Gegnern gegeißelt wurde, sondern vielmehr Elemente von »Eigenverantwortung« oder neue Leistungen. Die Kommentare zu dieser Phase der Sozialpolitik sind unterschiedlich: Auf der »linken«

41 Doering-Manteuffel 2007; Doering-Manteuffel und Raphael 2012.

42 Im Überblick: Heitmeyer 2018, S. 129-145.

43 Illouz 2007a, 2007b.

44 Reichardt 2014.

45 Schulze 1993.

46 Sennet 2000.

47 Rödder 2015, S. 108.

48 Schmidt 2005b; Doering-Manteuffel 2007.